Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 26

Artikel: Der wütende Kontinent

Autor: Lefert, Jacques

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076731

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Entwicklungsländer neue Impulse zu geben. Auch um den Preis einer weiteren Abkehr von der marxistisch-leninistischen Lehre.

Uebrigens ist es höchst bezeichnend, dass die Abkehr nach der offiziellen Darstellung gar nicht stattfindet.

Denn die Autoren betonen, dass für den Uebergang zum Sozialismus in einem Land ohne Arbeiterklasse nach wie vor «die Führung durch die Arbeiterklasse mit dem Kern der marxistisch-leninistischen Partei» Bedingung sei. Wie soll sich denn das reimen? Nun, in der Sicht der Autoren dadurch, dass die fehlende Arbeiterklasse im Ausland gesucht werden muss.

Das wird am Exempel der Mongolischen Volksrepublik dargelegt, deren 40jähriges Bestehen offizieller Anlass der Untersuchung ist. Und so bekommen wir eine erstauliche Weiterung der leninschen These vom Klassenbündnis zu lesen. Statt der alten These der internationalen Klassensolidarität (Proletarier aller Länder, vereinigt euch!) taucht mit wundersamer Selbstverständlichkeit die These der internationalen Klassenergänzung auf. Die mongolische Revolution sei «in ihrem Wesen ein Klassenbündnis zwischen der siegreichen Arbeiterklasse Russlands und dem mongolischen Bauerntum» gewesen!

Und weil die Mongolei schliesslich nur das Beispiel für das Allgemeingültige abgeben soll, heisst das: Völker aller Länder, baut den Arbeiterstaat auf. Denn die Arbeiter, die ihr nicht habt, die haben ja wir!

Soyons sérieux:

Aber wir wollen der sarkastischen Würdigung der These nicht vorausgreifen, die chinesischerseits vermutlich nicht allzulange auf sich warten lassen wird. Von der neu erarbeiteten Grundlage aus bieten sich den Sowjets tatsächlich reale Möglichkeiten:

- **Den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird eine Alternative zum chinesischen Bauernkommunismus geboten. Das zeigt einen verstärkten Einflusskampf an.**
- **Gleichzeitig wird diesen gleichen Völkern die Notwendigkeit vor Augen gehalten, mit der internationalen Arbeiterklasse — und das heisst natürlich in erster Linie mit der KPdSU — zusammenzuarbeiten. Die Führung durch Staaten mit Bauernstruktur (China) kann von hier aus ebenfalls angegriffen werden.**
- **Gegenüber den «sozialistischen» Entwicklungsstaaten verschafft sich die Sowjetunion ein grösseres theoretisches Einmischungsrecht.**
- **Gleichzeitig behält sich die UdSSR aber diesen gleichen Ländern gegenüber die Möglichkeit vor, sich schlimmstenfalls zu distanzieren, wenn ihre «Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse» mangelhaft sein sollte.**
- **Für die unmittelbare Zukunft aber bedeutet die neue These auf jeden Fall, dass sich die sowjetische Aktivität in Asien und Afrika verstärken wird.**

Laszlo Revesz
und Christian Brügger

Der wütende Kontinent

Wie sehr die öffentliche Meinung durch die Zwischenfälle in und um Stanleyville berührt worden ist, wie sehr sie in einem gewissen Sinne die neue Situation in ganz Afrika als gewandelt verspürt, wurde durch einen kurzen Satz in der französischen Wochenzeitung «L'Express» (Nr. 702) ausgedrückt: «Ueber die Zwischenfälle von Stanleyville lernt Europa Afrika hassen». Das ist ein Satz, den diese Zeitschrift, welche als ein Sprachrohr einer französischen Opposition zu betrachten ist, noch vor einigen Wochen niemals ihren Lesern vorzulegen gewagt hätte.

Sicher ist nicht ganz Afrika ein brodelnder Kessel. In Hunderten von afrikanischen Dörfern wird gelebt, gearbeitet und ausgeruht wie eh und je. Aber gerade dies ist die Tragik: Das Schicksal dieser Tausenden und aber Tausenden Afrikaner entscheidet sich nicht in ihren Dörfern, sondern oft in sehr fernen Hauptstädten, wo nicht mehr gelebt, gearbeitet und ausgeruht wird, wie eh und je. Einige sehr aktive Leute sind dort mit Unterstützung des kommunistischen Lagers daran, für diese Tausende zu denken und zu handeln, in einer Weise, die alle unsere — wenn auch unvollkommenen — Werte auf den Kopf stellt. In ganz Afrika fällt die Macht gewissermassen dem zu, der gerade da ist. Die Macht über eine Stadt gibt die Macht über ein Hinterland, das oft so gross ist wie ein Staat europäischer Dimensionen.

Das revolutionäre Afrika verwendet nun in seinen Führungsansprüchen Elemente, die nicht so revolutionär sind, wie die Führer es selber haben möchten. Mehr oder weniger gründen die Systeme mit Einheitspartei und einer zentralen Person (sei es nun Sékou Touré, Modibo Keita, Nkrumah oder Ben Bella) auf die vor und noch zur Zeit der Kolonisation bestehende Idee von Monarch und Monarchie, denen alle Bürger untertan waren. Ist dies in den politischen Strukturen nicht ganz der Fall, so doch im Resultat, das sich daraus ergibt. Die Bürger waren und sind jetzt noch vielfach wohl oder übel daran gewohnt, dass für sie an höherer Stelle in allen Belangen entschieden wird.

Deshalb ist die Entwicklung der letzten Wochen besonders gefährlich: Weil nur wenige Führer Erklärungen vor der Presse oder vor den internationalen Organisationen abgeben, Leute, welche den Mut oder meistens die Frechheit haben, etwas zu sagen, dabei aber keineswegs die Gedanken ihrer Völker wiedergeben, sondern ihre eigenen. Aber nichtsdsetoweniger können sie ihre Völker in Entscheide hineinziehen, oder, wie es nun schon der Fall zu sein scheint, in Verruf bringen.

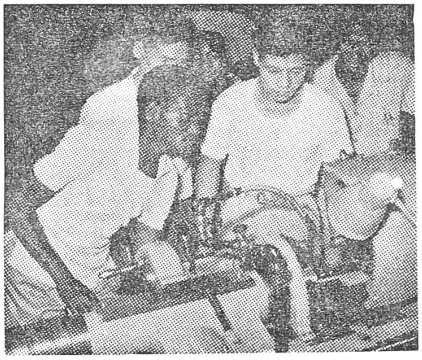
Ihr Auftreten in den letzten Wochen ist oft dermassen grob gewesen, dass man annehmen kann, in Afrika vor einer neuen, sehr ernsten Entwicklung zu stehen. Es hat den Anschein, gewisse Staaten (Ghana, VAR, Algerien, Guinea, Uganda, Sudan) möchten es auf eine deutliche Konfliktsituation ankommen lassen, Gewiss, die Landung von belgischen Fallschirmtruppen war für viele dieser Staaten eine Herausforderung. Noch ist nicht alles restlos abgeklärt, und die Sorge um die Objektivität soll die Frage unbeantwortet lassen, ob die Rebellen auch ohne Landung wirklich zu Uebergriffen geschritten wären. Auch sollen die Augen vor den Greueltaten nicht geschlossen werden: sie sind auf beiden Seiten der Front begangen worden, und es ist müssig hier herausfinden zu wollen, wen die grössere Schuld trifft.

Aber festgehalten werden muss, dass seitens jener Staaten ein Minimum an gutem Willen, sei es auch nur in Sachen Information, unfindbar war. Im Gegenteil, die Presseorgane ergossen sich in hasserfüllte Kommentare. Man bekommt das Gefühl, dass unter diesen Staaten einige sogar bereit sind, die Flinte ins Korn zu werfen.

Auf der Titelseite der Zeitschrift «Jeune Afrique» vom 13. Dezember (Tunis) war unter dem Portrait des neuen Präsidenten der Generalversammlung der Uno, Quaison Sackey, zu lesen: «Quaison Sackey ist gewählt worden. Aber die Uno ist sterbenskrank, weil die zwei ‚Grossen' (d. h. die USA und die UdSSR) nichts mehr von ihr wissen wollen. Sackey könnte wohl der letzte Präsident der Uno sein».

Auch die Organisation der Afrikanischen Einheit, die im Mai 1963 in Addis-Abeba gegründet worden war, gilt in den Augen der in revolutionären Kreisen vielgelesenen «Jeune Afrique» als todkrank: «Wenn es sich herausstellt, dass man die ‚Organisation de l'Unité Africaine' aufopfern muss, um

Gewiss gibt es in Afrika Dörfer, wo gelebt wird wie eh und je. Aber ist das politisch entscheidend!



Chinesischer Experte in Conakry.

die Emanzipation Afrikas besser voranzutreiben, soll nicht länger gezögert werden». Und die Zeitung schliesst mit dem vielsagenden Satz: «Berühmte Beispiele, besonders das von Lenin, zeigen deutlich den Weg».

Dieser Weg wird bereits von mehreren afrikanischen Staaten beschritten. Es ist nun bekannt, dass anlässlich der Konferenz der nichtverpflichteten Staaten in Kairo (Anfangs Oktober) eine parallele, höchst geheime Konferenz stattfand. Als Folge dieser Konferenz ist eine bedeutende Gruppe von Experten und Beratern der VAR von Kairo mit «unbekannter Bestimmung» abgereist. Etwa hundert höhere Offiziere aus Algerien, Mali, Guinea, Ghana und dem Sudan sind ebenfalls «in Bewegung», während wichtige Waffensendungen, welche von verschiedenen Staaten zur Verfügung gestellt wurden, gleichzeitig unterwegs sind. Vier Nachbarstaaten, Kongo-Brazzaville, Uganda, Tanzania und der Sudan haben ihre Territorien für die Ausbildung von kongolesischen Revolutionären zur Verfügung gestellt.

Für diese Staaten ist dies keineswegs eine «Einmischung». Der Grundsatz der Nichteinmischung sei, so erklären sie offen, «nur ein Vorwand um Afrika besser zu lähmen».

Interessant ist übrigens noch dies: Gbenye gilt vielerorts als Führer der sogenannten «Volksrepublik Kongo», deren Hauptsitz Stanleyville war. Die kommunistischen Staaten unterstützen ja überlaut die Rebellen und verpassen keine Gelegenheit, «Imperialismus» und «Neokolonialismus» anzuprangern. Den revolutionären Staaten ist diese kommunistische Schützenhilfe sehr willkommen. Aber keiner bringt die Ehrlichkeit auf, auch nur anzudeuten, dass ausgerechnet Gbenye von den Chinesen und von den chinesisch geprägten Kommunisten als ein Verräter übelster Sorte betrachtet und denunziert wird, ja ausgerechnet von den Chinesen, welche die wildeste propagandistische Unterstützung angedeihen lassen.

Mithin soll bemerkt werden, dass die revolutionäre Front nicht so einheitlich ist, wie sie in der Presse vielfach den Anschein gibt. Heute spricht — schlaue Taktik! — das belgische Sprachrohr der chinesischen Kommunisten auch nicht mehr von Gbenye. Er ist für sie nur ein Instrument, das im gegebenen Augenblick leicht zu beseitigen wäre.

Eine der entmutigendsten Erscheinungen der neuen Entwicklung ist also die Tatsache, dass sich zwei Fronten kristallisieren, auf deren Seiten man mit gleichen Worten eine andere Sprache spricht. Information und Beweise sind einer solchen Geistesverfassung einfach nicht mehr gewachsen. Man kann z. B. arabische Zeitschriften finden, in denen der jahrhundertealte Sklavenhandel einfach in Abrede gestellt wird.

Staaten, oder besser, Leute, die dazu übergehen, die Augen vor ihrer eigenen Geschichte zu schliessen, sind eine beunruhigende Erscheinung. Damit wird die Türe weit geöffnet für jegliche Demagogie.

Jacques Lefert

Bilanz der lateinamerikanischen KP 1964

Der lateinamerikanische Kommunismus und insbesondere seine Hauptform, der Castrismus, haben in den letzten zwei Jahren an Unwiderstehlichkeit verloren. Ihre Ausbreitung hatte in den Jahren 1959 bis 1962 geradezu hektische Ausmasse angenommen. Seither musste sie Rückschläge einstecken. Heisst das, das der kritische Punkt überwunden ist? Eine bejahende Antwort ist noch nicht möglich. Eine günstigere Evolution hat zwar eingesetzt, aber zwingend ist sie nicht. Der Kontinent bleibt umstritten.

Der Rückzug der sowjetischen Raketen aus Kuba im Herbst 1962 hatte eine doppelte psychologische Auswirkung: Einmal begriffen weite Kreise der lateinamerikanischen Bevölkerung, dass die Insel, trotz ihrer «Befreiung vom Yankee-Imperialismus» tiefer und demütigender als je in fremde Abhängigkeit geraten war, und dann entstanden Zweifel an der zuvor weit herum geglaubten Unaufhaltsamkeit des Castro-Kommunismus. Die These vom historischen Imperativ dieser Bewegung war schwer erschüttert.

Zunächst aber brachten diese Ereignisse eine Verschärfung der Lage. Die verschlechterten Aussichten einer stillen Subversion bewogen den Castrismus zum Versuch, die erreichten Positionen direkt umzumünzen, das Eisen jetzt zu schmieden, da es zu erkalten drohte. Einschüchterung sollte den Prestigeverlust aufwiegen. In der Folge häuften sich Gewalttätigkeiten und Attentate, mehrmals wurden Geheimdepots von Waffen kubanischer Provenienz entdeckt, offene Terrormethoden wurden zur Taktik des Tages. Besonders virulent wurde die Aktivität in Venezuela, wo die Demokratie auf dem Gebiet der Sozialreformen im Begriff war, eine brauchbare Alternative zum Kommunismus aufzuzeigen.

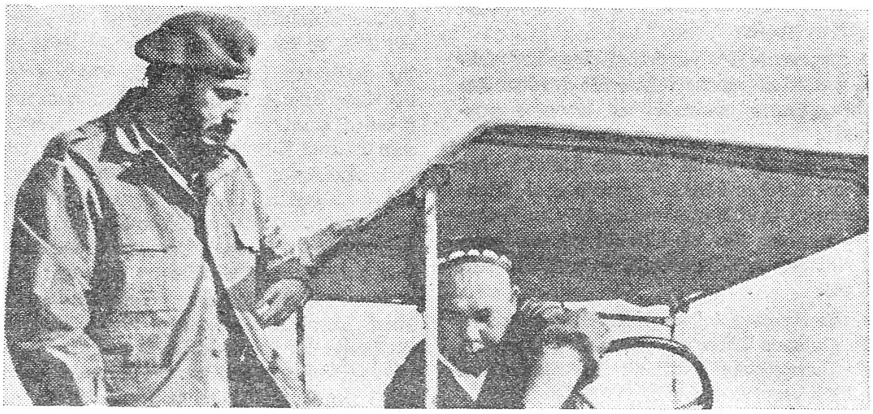
Venezuela und Chile: Demokratie bestätigt

Das Jahr 1963 brachte den Versuch zum Scheitern. Die Entscheidung fiel mit der venezolanischen Präsidentenwahl vom Dezember. Trotz einer massiven und gewaltsamen Einschüchterungskampagne ging die Bevölkerung zur Urne und bekannte sich damit zur Demokratie. Die kommunistische Boykottlosung drang nicht durch. Zwar trat das neue Staatsoberhaupt Leoni sein Amt noch unter einer weiter anhaltenden Terrorwelle an, aber sie vermochte die demokratischen Grundlagen nicht aufzuwühlen, wie das Jahr 1964 gezeigt hat. Die Attentate sind sporadisch geworden, und die konstruktiven Reformen sind angelaufen. Mit ihrer Weiterführung wächst die Chance Venezuelas, sich zu behaupten.

Ein weiteres Anzeichen für demokratische Fortschritte in diesem Jahr ist das Resultat der chilenischen Präsidentschaftswahlen. Hier hat der christlichdemokratische Senator Eduardo Frei den Volksfrontkandidaten Salvador Allende deutlich distanziert. Im Unterschied zu Venezuela zerriss in Chile der sino-sowjetische Konflikt die kommunistische Front. Die Anhänger Pekings führten eine geradezu entfesselte Kampagne gegen Allende und seine Bündnispartner, die von der moskaufreundlichen Richtung unterstützt wurden. Einige Indizien lassen übrigens darauf schliessen, dass selbst diese Unterstützung in der Praxis weniger weit ging als in der Theorie. Sollte der Kreml etwa angesichts der Möglichkeit eines zweiten kommunistischen Staates in Lateinamerika zu diesem Zeitpunkt gewisse zwiespältige Gefühle empfunden haben?

Sowohl für Chile als auch für Venezuela aufschlussreich ist die Feststellung, dass der Slogan vom «Yankee-Imperialismus» offenbar an Zugkraft verloren hat.

Für beide Länder gilt, dass sich die demokratischen Spielregeln gegen die antidemokratische Offensive durchgesetzt haben. Jetzt kommt es darauf an, dass mit ihnen die sozialen Erfordernisse erfüllt werden.



Castro besichtigt in der Sowjetunion eine Kolchose. Hat er von den Schwierigkeiten der sowjetischen Landwirtschaft gelernt oder diese kopiert?